

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 188 (2022)

Heft: 10

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FRANKREICH / MALI

Franzosen ziehen ab

Die französische Armee hat den Standort Gao im Osten Malis am 15. August verlassen und übergab ihr ehemaliges Camp der Force Armée Malienne. Damit endete eine neunjährige Präsenz im Land. Seit Beginn im Jahr 2013 ging es dabei um den Kampf gegen islamistische Extremisten. Der Rückzug der letzten 2400 Soldaten wurde innerhalb von sechs Monaten vollzogen und folgte auf zunehmende Spannungen der malischen Militärdiktatur mit den Franzosen. Für Macron war damals unter anderem das Hofieren von russischen Wagner-Söldnern durch die Militärs in Bamako der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die «Barkhane» genannte Operation hat sich nun neu im benachbarten Niger konstituiert und fokussiert sich insbesondere auf das Gebiet an der Grenze zu Burkina Faso. Der Be-

zug des neuen Standortes war eine «grosse logistische Herausforderung, die es in Abstimmung mit allen Partnern auf geordnete und sichere Weise zu bewältigen galt», so eine offizielle Erklärung aus Paris. Am Auftrag der Mission ändert sich indes wenig, denn «weiterhin werden die französischen Streitkräfte den Terrorismus in der Sahelzone in enger Abstimmung mit unseren afrikanischen und internationalen Partnern bekämpfen», heisst es weiter.

Für die Regierung in Bamako gilt es nun, die Sicherheit im Land ohne die Franzosen zu organisieren. Wie sie dies bewerkstelligen werden, ist unklar. Möglich erscheint, dass vor allem China und Russland die Vakanz übernehmen könnten. Von der internationalen Präsenz der Soldaten der von der UNO etablierten sogenannten Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA) ist indes wenig zu erwarten. Deren Mandat ist zu wenig schlagkräftig, um für



Die Trikolore wird in Gao eingeholt. Bild: État-Major des Armées

Frankreich die Lücke zu büssen. Es wird zudem befürchtet, dass Deutschland (rund 530 Soldaten) und das Vereinigte Königreich (etwa 250 Soldaten), die beide zu den grössten (westlichen) Truppenstellern der MINUSMA gehörten, sich ebenfalls dem französischen Beispiel folgend aus dem Land zurückziehen könnten. Was hingegen bleiben wird, ist eine Region mit der am schnellsten wachsenden Bevölkerung weltweit, davon über 80 Prozent, die mit

weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen müssen. Insgesamt werden dort mehr als vier Millionen vertriebene Menschen gezählt und 50 Millionen Einwohner in der weiteren Sahelregion, die ihre Nahrung in direkter Abhängigkeit vom Tschadsee beziehen. Von diesem geht man davon aus, dass er im nächsten Jahrzehnt austrocknen wird. *pk*

FINNLAND / SCHWEDEN

Wie bald in der NATO?

Während die meisten NATO-Mitglieder das finnische und schwedische Aufnahmegesuch ratifiziert haben, diskutiert die Türkei weiterhin mit beiden Kandidaten. Bei Gesprächen Anfang September ging es vor allem um Demonstrationen in Schweden, bei denen Fahnen der kurdischen Arbeiterpartei PKK geschwenkt wurden. Die Türken monierten aber auch, dass die «Gülenistische Terrororganisation» in ganz Skandinavien und Finnland ihr Unwesen treibe. Immerhin wurden die Gespräche in einem «ordentlichen und konstruktiven» Rahmen durchgeführt, so ein türkischer Regierungssprecher. Aber die Forderungen, wie sie am Madrider



Die beiden Premierministerinnen Andersson und Marin. Bild: Regeringen

Gipfel im Juni formuliert worden waren, seien noch längstens nicht umgesetzt. Seitens Ankaras sind derzeit deshalb keine Anzeichen erkennbar, wann sie den Beitrittsbegehren zustimmen werden. Am jährlichen NATO-Head-of-Mission-Treffen in Brüssel kommentierte die fin-

nische Premierministerin Sanna Marin die Ambitionen ihres Landes grob. Sie hoffe, dass ihre Bestrebungen zur Erfüllung der Vereinbarungen insbesondere mit der Türkei ernst genommen werden und dabei das Gefühl entstehe, dass auf die türkischen Bedenken reagiert werde. Auch

wolle sie «ehrlich zugeben, dass sie in den letzten Jahrzehnten den Freunden im Baltikum besser zuhören hätte sollen».

Marin hat einen bewegten Sommer hinter sich. Videos von Privatfeiern, Fremdgeherüchte und Nacktfotos ihrer Freundinnen aus ihrer Regierungsresidenz sorgten international für Furore. Sie konterte die Kritik ausgezeichnet und bot ihren Gegnern wie auch der Opposition wenig Angriffsfläche. Ähnliches spielt sich in Schweden ab, wenngleich subtiler. Magdalena Andersson, erste Frau im Amt als schwedische Premierministerin und unterdessen nach den Wahlen Mitte September zurückgetreten, war zwar ein gesuchtes Ziel für persönliche Attacken. Sie gab sich aber insgesamt viel privater und bedeckter als ihre finnische Amtskollegin, die wie sie selbst

Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei ihres Landes ist. Wie in Finnland regt sich gegen die starken Frauen massiver Widerstand von rechts. In Schweden kommen die Anfeindungen von den nach den Wahlen an zweiter Stelle liegenden populistischen Schwedendemokraten, die ihre Wurzeln in der rechtsextremen «Schweden

bleibt schwedisch»-Bewegung der 1980er-Jahre findet. Auch in Finnland wurde der Party-Clip der Premierministerin erst durch den Spin von rechten Social-Media-Profilen zum Skandal. Nicht wenige Beobachter erkennen in diesen Aktionen eine von Russland breit inszenierte Informationsoperation im Stile des sowjetischen Agit-

props. Denn in der Woche in der Sanna Marin als Reaktion auf den ihr vorgeworfenen Drogenmissbrauch einwilligen musste, sich einem Test zu unterziehen, drangen 50 km östlich von Helsinki zwei russische Mig-31 Kampffjets während über zwei Minuten in den finnischen Luftraum ein, erliess das Land eine Visumbeschränkung für russi-

sche Bürger, wurde in St. Petersburg ein finnischer Aktivist (der seit 2019 nicht mehr in Russland war) wegen Antikriegspropaganda angeklagt und hat sich das Land eine EU-Beihilfe von über 680 Millionen Euro für die Kompensation höherer Energiepreise gesichert. In die Medien schaffte es aber «nur» ein Tanzvideo. *pk*

USA

Chinook grounded

Die US-Streitkräfte verfügen über etwa 400 Transporthelikopter vom Typ Chinook CH-47. Vorerst muss die US-Armee aber auf diese verzichten. Nach mehreren Motorenbränden werden die Helikopter vorerst komplett aus dem Verkehr gezogen, wie die Armee mitteilte. Die US-Armee habe «die zugrundeliegende Ursache für Treibstofflecks identifiziert», die Motorenbrände bei «vereinzelt» Helikopter verursacht hätten, teilte Armeesprecherin Cynthia Smith mit. Man setze «Korrekturmassnahmen um, um dieses Problem zu beheben». Bei den Vorfällen habe es keine Todesopfer oder Verletzten gegeben,



Ein Transporthelikopter Chinook H-47 landet auf der USS Green Bay.

Bild: Defense Visual Information Distribution Service

die CH-47-Flotte bleibe aber vorsichtshalber vollständig am Boden, bis die Umrüstungen abgeschlossen seien. Der Motorenhersteller Honeywell sprach von «verdächtigen Dichtungsrin-

nen», die in einigen der CH-47-Maschinen verbaut sind. Diese stammten demnach aber nicht aus Honeywell-Produktion. Die von Boeing hergestellten Helikopter sind ausser in den USA

auch in Grossbritannien und knapp 20 weiteren Ländern im Einsatz.

Militärplaner hatten in der Vergangenheit auf die Vorzüge des Chinook-Helikopters hingewiesen, der im Verbund mit Airbus betrieben werden soll. So nutzen viele NATO-Partner den Helikopter – die Niederlande, Spanien Grossbritannien, Italien, Griechenland, die USA, Kanada und die Türkei. Das ermögliche eine breit angelegte Zusammenarbeit. Die zweimotorigen Maschinen können grosse Lasten transportieren und sind auch für Gefechtssituationen gut ausgerüstet. Sie wurden bereits im Vietnam-Krieg sowie bei US-Einsätzen im Nahen Osten genutzt. *Sc*

DÄNEMARK

Panzer ins Baltikum

Dänemark beteiligt sich mit 160 Soldaten und 14 Kampfpanzern an der NATO-Mission Enhanced Presence im Baltikum. Die erst kürzlich auf den Standard 2A7 wertgesteigerten Kampfpanzer Leopard werden demnächst in eine Kampfgruppe unter britischer Führung eingegliedert, die von der 1. estnischen Brigade kommandiert wird. Es geht darum, Solidarität mit den baltischen Staaten und auch mit Polen zu demonstrieren. «In-

dem wir Soldaten und Panzer nach Estland schicken, beteiligen wir uns an der Bewältigung einer der Sicherheitsherausforderungen der NATO, die auf die verstärkte Präsenz Russlands im Ostseeraum und den Krieg in der Ukraine zurückzuführen ist», erklärte Generalmajor Gunner Arpe Nielsen, dänischer Armeechef. Erstmals seit 2003 im Kosovo entsendet Dänemark nun wieder eine gesamte Kompanie schweren Geschützes ins Ausland (von 2007 bis 2014 war lediglich ein Panzerzug in Afghanistan eingesetzt). Bereits Anfang September haben die entsprechenden Einheiten mit

der Verlegung aus ihrer Kaserne in Holstebro (Jütland) begonnen. Von dort aus werden sie

bis zur Verschiffung nach Estland im Hafen von Fredericia bereitgestellt. *pk*



Ein Leopard 2A7 auf Achse. Bild: Forsvare

KAUKASUS

Aserbaidshans nimmt Armenien unter Beschuss

Im Schatten des Ukraine-Krieges sind zwischen Aserbaidshans und Armenien im Kaukasus erneut schwere Kämpfe ausgebrochen. Laut dem armenischen Verteidigungsministerium haben die aserbaidshansischen Streitkräfte am 13. September mit dem Beschuss armenischer Stellungen begonnen. Aserbaidshans beschiesse die südarmenischen Städte Goris, Kapan und Jermuk und setze auch unbemannte Drohnen ein. Laut dem armenischen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan kamen 49 Soldaten ums Leben. Paschinjan telefonierte noch am gleichen Tag mit dem Präsidenten der Schutzmacht Russland, Wladimir Putin, und forderte eine internationale Reaktion auf den Angriff.

In Baku sprach das Verteidigungsministerium Aserbaidshans davon, dass ein grossangelegter armenischer Sabotageversuch die Kämpfe ausgelöst habe. Die früheren Sowjetrepu-

bliken bekriegen einander seit Jahrzehnten wegen des Gebiets Nagorni-Karabach. Allerdings wurde nach armenischen Angaben diesmal nicht die Exklave angegriffen, sondern Armenien selbst. Das umstrittene Nagorni-Karabach gehört zu Aserbaidshans, wird aber von Armeniern bewohnt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion sicherten sich armenische Kräfte in einem Krieg von 1992 bis 1994 die Kontrolle über das Gebiet und besetzten weite Teile Aserbaidshans. 2020 gewann Aserbaidshans seine Gebiete zurück und eroberte strategisch wichtige Stellen in Nagorni-Karabach. Den nach vier Monaten vereinbarten Waffenstillstand überwachen russische «Friedenstruppen».

Doch nicht nur zwischen Armenien und Aserbaidshans kriselt es, auch zwischen den beiden Ex-Sowjetrepubliken Kirgistan und Tadschikistan in Zentralasien hat sich die Situation Mitte September verschärft. Bei Grenzgefechten gab es Opfer unter Zivilisten und Soldaten. Aus der kirgisischen Region Batken wurden Behördenangaben zufolge rund 120 000 Menschen in Sicherheit gebracht. *cb*

INDIEN / CHINA / RUSSLAND

Gemeinsames Manöver

Trotz der Kämpfe in der Ukraine lässt Moskau 50 000 Soldaten im Osten des Landes an einer grossen Übung teilnehmen. Russland versucht damit auch den militärischen Schulterchluss mit China und Indien. Die fast einwöchige Übung wurde auf Truppenübungsplätzen in Ostsibirien und im Fernen Osten sowie im Japanischen Meer abgehalten und war damit Tausende Kilometer von den Kämpfen entfernt. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums beteiligten sich daran auch Länder wie China, Indien und die Mongolei sowie mehrere Ex-Sowjetrepubliken, allen voran Belarus. Russland will so in Zeiten schwerster Spannungen mit dem Westen den Schulterchluss zu anderen Ländern demonstrieren.

Bei der Übung «Wostok 2022», «Osten 2022», sollten nach Angaben aus Moskau 5000 Militärfahrzeuge zum Einsatz kommen sowie 140 Flugzeuge

und 60 Kriegsschiffe und andere Boote. Das Manöver fand auf Truppenübungsplätzen in Ostsibirien und im Fernen Osten sowie im Japanischen Meer statt. Vor allem die Teilnahme Chinas und Indiens an dem Manöver sorgte im Westen für Aufmerksamkeit. Die Beziehungen der beiden bevölkerungsreichsten Länder der Welt und Atommächte sind seit einem militärischen Zwischenfall an der gemeinsamen Grenze im Himalaya mit mehreren Toten vor zwei Jahren angespannt. Indiens Teilnahme ist auch bemerkenswert, weil das Land in den vergangenen Monaten beim Ukraine-Krieg stets seine Neutralität betont hatte und erklärte, dass es gute Beziehungen zu westlichen Staaten und Russland habe. So stammt zum einen die meiste Militärausrüstung Indiens aus Russland, zum anderen ist Indien Teil der indopazifischen Sicherheitsallianz Quad zusammen mit den USA, Japan und Australien. In dieser Gemengelage hat sich Indien mit offiziellen Statements zu den Militärübungen zurückgehalten. *sc*

ÄGYPTEN

Infrastruktur wird erneuert

Am 11. August unterzeichnete der ägyptische Premierminister Mustafa Madbouly das Abkommen für den Bau zweier Containerterminals in Sokhna und Dekheila. Beide Häfen werden im Rahmen eines integrierten Containerlogistikprojekts in Zusammenarbeit mit drei der weltgrössten Reedereien sowie dem weltweit grössten Hafenbetreiber mit Sitz in Hongkong (Hutchinson Ports) gebaut. Laut Regierungsmitteilung erfolgte «die Unterzeichnung der beiden Abkommen im Rahmen der



Nach der Vertragsunterzeichnung: Clemence Cheng (Mitte links), CEO Europe Hutchinson Ports, und Premierminister Dr. Mostafa Madbouly (Mitte rechts). Bild: Hutchinson

Richtlinien von Präsident Abdel Fattah al-Sisi zur Umsetzung des Verkehrsachsenprojekts Sokhna/Dekhila zur Verbindung zwischen dem Roten Meer und dem Mittelmeer». Es werden über 2000 Arbeitsplätze geschaffen

und das erklärte Ziel «Ägypten zu einem internationalen Zentrum für Handel und Logistik zu machen» rücke näher, so Madbouly. Damit versucht das Land seine strategische Verbindung zwischen Mittel- und

Rotem Meer besser zu vermarkten. Aktuell geht man davon aus, dass etwa zwölf Prozent des weltweiten Handelsvolumens durch den Suezkanal abgewickelt werden. Das Projekt dient deshalb auch besonders dazu,

mehr chinesische Investoren und Unternehmen anzulocken. Verkehrsminister Kamil al Wazir liefert dazu eindrückliche Zahlen: Beide Unterfangen belaufen sich auf etwa je 800 Millionen US-Dollar, werden mehr als 3,5 Millionen 20-Fuss-Container pro Jahr abwickeln können, was

in etwa der Kapazität des Hafens von Barcelona entspricht. Die Vertragslaufzeit mit den Reedereien für beide neuen Häfen ist 30 Jahre, was eine Rendite von 5 Milliarden US-Dollar ergeben soll. Gleichzeitig wird der Bau des neuen Atomreaktors in Dabaa vorangetrieben. Der zu-

künftige Betreiber Atomstromexport, ein Tochterunternehmen der staatlich russischen Rosatom, wird zusammen mit der staatlichen Korea Hydro und Nuclear Power das Turbinengebäude und wichtige Komponenten am ägyptischen 1200-Megawatt-Reaktor erstellen. Seit

dem Ausbruch des Ukraine-Krieges hat sich die Koordination massiv verlangsamt. Besonders die Sanktionen gegen Russland mussten im Detail geklärt werden. *pk*

TAIWAN

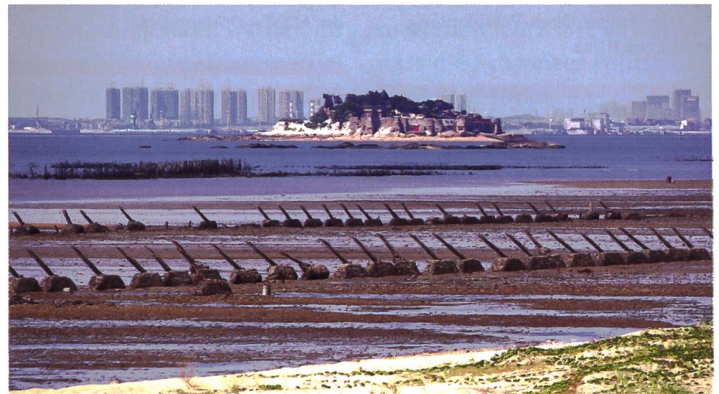
Chinesische Drohne abgeschossen

Seit Wochen dringt China immer öfter in den Luftraum rund um Taiwan ein: mit Kampffjets, Helikoptern – und zuletzt auch mit Drohnen. Am 1. September haben taiwanische Soldaten nun zum ersten Mal eine solche Drohne abgeschossen, nahe einer Mini-Insel direkt vor dem chinesischen Festland. Die «zivile Drohne unbekannter Herkunft» war nach Angaben des Verteidigungsministeriums in die «Sperrzone» des zur taiwanischen Inselgruppe Kinmen gehörenden Eilands Shihyu eingedrungen, das nur rund drei Kilometer vor der Küste liegt. Die auf Shihyu stationierten Soldaten hätten zuvor vergeblich versucht, die Drohne aus der Zone zu vertreiben, teilte das Militär mit. Vor dem Abschuss habe

man zudem Warnungen abgegeben.

Taiwan ist alarmiert angesichts der immer zahlreicheren Provokationen Chinas. Erst am 31. August hatte das Militär in Taipeh mit nicht näher definierten «Gegenangriffen» gedroht, sollten chinesische Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe in sein Hoheitsgebiet eindringen. Taiwan besitzt eine ganze Reihe kleiner Inseln, die in unmittelbarer Nähe des chinesischen Festlands liegen. Bewohner von Inseln wie Kinmen konnten genau beobachten, wie in den Städten entlang der Küste die Hochhäuser in den Himmel wuchsen – und bekommen Propagandaposter zu lesen, die mit riesigen Zeichen für die Wiedervereinigung werben. Diese Inseln wurden in den 1950er-Jahren von Chinas Artillerie beschossen und sind seither bis an die Zähne bewaffnet.

Nahe diesen Aussenposten seines Militärs hatte Taiwan in



Das zur taiwanischen Inselgruppe Kinmen gehörende Eiland Shihyu. Im Hintergrund sind Hochhäuser auf Festlandchina zu sehen. Bild: Wikipedia

den vergangenen Wochen eine ganze Reihe von Zwischenfällen mit kleinen Drohnen gemeldet. Bereits am Dienstag hatten Soldaten erstmals Warnschüsse in Richtung einer Drohne abgefeuert. Taiwan geht bei diesen Drohnen offenbar von gezielten Nadelstichen oder Beobachtungsmissionen aus. Denn natürlich können auch zivile Drohnen Aufnahmen des Bodens machen – und diese an Chinas Militär weitergeben.

Ebenfalls am 1. September entdeckte Taiwans Militär zudem 23 chinesische Kampffjets auf seiner Seite der Mittellinie zwischen der Insel und dem Festland. Auch das ist eine gezielte Provokation, wie sie seit dem Besuch der US-Spitzenpolitikerin Nancy Pelosi in Taipeh immer häufiger vorkommt. Ausserdem waren Dutzende von Flugzeugen und mehrere Kriegsschiffe in anderen Gewässern nahe Taiwan unterwegs. *sc*

USA / SÜDKOREA

Grösstes Manöver seit 2017

Im August fand die grösste Militärübung der USA und Südkoreas seit Jahren statt. Beide Länder wollen damit die Verteidigungsfähigkeit stärken – auch weil Nordkorea bereits mehrere Raketentests in diesem Jahr durchgeführt hat. Die USA haben in Südkorea 28 500 Soldaten stationiert, als Abschreckung gegen eine Bedrohung durch

Nordkorea. Unter dem Namen «Ulchi Freedom Shield» wurden ein Training mit Computersimulationen, Feldübungen sowie eine grosse Zivilverteidigungsübung kombiniert. Beteiligt waren Kampffjets, Kriegsschiffe, Panzer und womöglich Zehntausende Soldaten. Zur Zahl der teilnehmenden Soldaten machte das südkoreanische Verteidigungsministerium allerdings keine Angaben. Auch die Abwehr von Drohnenangriffen und der Schutz von Industrieanlagen wurden geübt. *sc*

ARKTIS

USA und NATO wollen Präsenz in der Arktis stärken

«Die NATO muss ihre Präsenz in der Arktis erhöhen», sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in den deutschen Medien im August. Moskau sei dabei, Stützpunkte aus Sowjetzeiten wieder zu öffnen und dort neue hochmoderne Waffen wie Hyperschallraketen zu stationieren. Auch China interessiere

sich zunehmend für die Arktis. Zur Arktis gehören Gebiete verschiedener Staaten: die USA, Dänemark, Finnland, Island, Kanada, Norwegen, Schweden und Russland. Washington hatte im August angekündigt, erstmals einen Arktis-Sondergesandten zu ernennen, um «die amerikanischen Interessen und die Zusammenarbeit mit Verbündeten und Partnern in der Arktis» zu fördern. Der US-Senat muss dem Vorhaben noch zustimmen. *sc*